

Wir liefern!

Unsere Erfolge 2023 / 2024

Ein höheres, besseres und gerechteres Bafög

Damit das Bafög wieder besser zum Studierverhalten und zum Leben passt, haben wir es grundlegend reformiert. Der Grundbedarf und die Wohnkostenpauschale sind erneut gestiegen, sodass Studierende bis zu 992 Euro pro Monat erhalten können. Eine Studienstarthilfe von 1.000 Euro für Personen, deren Eltern etwa Wohngeld oder Bürgergeld beziehen, nimmt finanziellen Druck zu Beginn des Studiums, wenn viele Ausgaben anstehen. Freibeträge für das Einkommen der Eltern und das eigene Ersparte steigen weiter und ein Minijob bleibt künftig immer anrechnungsfrei. Durch ein Flexibilitätssemester kann ohne Angabe von Gründen ein Semester länger studiert werden. Wer das Studienfach wechseln möchte, hat bis zum Beginn des fünften Fachsemesters dafür Zeit, ohne den Bafög-Anspruch zu verlieren.



Für mehr Chancengerechtigkeit in der Schulbildung

Der Bildungserfolg darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Mit dem Startchancen-Programm investieren wir deshalb zusammen mit den Ländern 20 Milliarden Euro in den kommenden zehn Jahren in bis zu 4.000 Schulen. Ab dem Schuljahr 2024/25 erhalten die ersten Grundschulen, weiterführenden und berufsbildenden Schulen in sozial benachteiligten Lagen mehr Geld, das sie für mehr Sozialarbeiter:innen, moderne Lernräume oder für andere Initiativen verwenden können. Ziel ist, Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen zu stärken. So soll die Zahl der Schüler:innen unter den Mindeststandards in Deutsch und Mathe in zehn Jahren halbiert werden. Bei der Mittelverteilung haben wir einen Paradigmenwechsel erreicht: Durch die Einführung sozialer Kriterien profitieren die Schulen am stärksten, die den größten Unterstützungsbedarf haben.

Bessere Qualität in Krankenhäusern

Patient:innen sollen in jedem Krankenhaus die beste Versorgung erhalten. Das Finanzierungssystem über Fallpauschalen – also die Zahlung einer bestimmten Summe je Behandlungsfall – hat zu einer Ökonomisierung des Krankenhaussektors geführt. Unser Ziel ist, die Qualität der Behandlungen zu verbessern und sicherzustellen, dass Kliniken nur das anbieten, was sie am besten können. Dazu steigen wir aus dem Hamsterrad der Fallpauschalen aus und führen Vorhaltepauschalen für die Leistungen ein, die Krankenhäuser anbieten. Für jede Leistung gibt es bundeseinheitliche Qualitätskriterien, sodass sichergestellt ist, dass Patient:innen unabhängig von der Größe und Lage des Krankenhauses die beste Versorgung bekommen. Damit Patient:innen wissen, in welchem Krankenhaus sie die bestmögliche Behandlung erhalten, haben wir einen digitalen Bundes-Klinik-Atlas geschaffen. Dort können sie alle verfügbaren Krankenhausdaten einsehen.

Hausärzt:innen den Rücken gestärkt

Wir stärken Hausarztpraxen, indem wir ihnen mehr Freiräume geben und mehr finanzielle Unabhängigkeit ermöglichen. Künftig sollen nämlich alle in den Praxen erbrachten Leistungen in voller Höhe von den Krankenkassen bezahlt werden. Bisher gelten Budgets mit Obergrenzen bei der Vergütung durch die Kassen, die nun wegfallen. In der Kinder- und Jugendmedizin wurde dies bereits umgesetzt. Statt der Obergrenzen werden jahresbezogene Versorgungs- und Vorhaltepauschalen für Hausärzt:innen eingeführt – etwa um die Versorgung chronisch kranker Patient:innen und Hausbesuche finanziell angemessen zu honorieren, und um die Versorgung in der Fläche zu gewährleisten. Außerdem verringern wir den bürokratischen Aufwand, indem bei Wirtschaftlichkeitsprüfungen eine Geringfügigkeitsgrenze von 300 Euro eingeführt wird. Um dem Fachkräftemangel in der Medizin entgegenzuwirken, stellen wir ab 2026 mehr Geld für zusätzliche Medizinstudienplätze zur Verfügung.

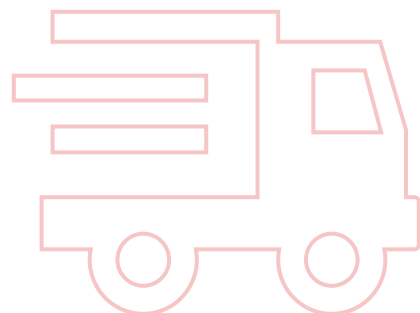


E-Patientenakte und E-Rezept eingeführt

Die Gesundheitsversorgung für Patient:innen wird einfacher, besser und transparenter durch mehr und sichere Digitalisierung. Ab 2025 können alle gesetzlich Versicherten eine elektronische Patientenakte (ePA) nutzen, sofern sie nicht widersprechen. Auch für privat Versicherte wird es eine ePA geben, sofern ihre Krankenversicherung diese anbietet. In der ePA werden beispielsweise Arztbriefe, Befunde und Röntgenbilder digital gespeichert. Versicherte können die ePA per App oder als PC-Version nutzen. Alle Daten sind verschlüsselt und können nur von den Versicherten und den von ihnen freigeschalteten Ärzt:innen eingesehen werden. Der Datenschutz wird also eingehalten. Seit Januar 2024 gibt es zudem das E-Rezept flächendeckend. Mit dem E-Rezept können Rezepte in Apotheken über die elektronische Gesundheitskarte oder über eine App eingelöst werden. Wir stärken zudem die sogenannte assistierte Telemedizin in Apotheken – Patient:innen können sich dort zu telemedizinischen Leistungen beraten und helfen lassen.

Besserer Schutz für Beschäftigte von Paketdiensten

In Deutschland werden täglich 60 Millionen Briefe und 10 Millionen Pakete verschickt. Durch die Digitalisierung werden weniger Briefe, durch den Online-Handel aber mehr Pakete verschickt. Wir sorgen dafür, dass diese Entwicklung nicht auf dem Rücken von Paketbot:innen passiert. Bei schweren Paketen mit einem Gewicht von über 20 Kilogramm gibt es in Zukunft Hilfe – entweder von einer Kollegin oder einem Kollegen oder von einem geeigneten technischen Hilfsmittel. Eine einfache Sackkarre reicht dafür nicht aus. Genauso wichtig für uns ist, dass Subunternehmen der großen Paketdienstleister und deren Auftragnehmer künftig engmaschiger und schärfer auf die Einhaltung von Mindestlohn-, Arbeitszeit- und Arbeitsschutzvorschriften hin überprüft werden.



Vergütung von Betriebsrät:innen rechtssicher geregelt

Wer als Betriebsrät:in freigestellt ist, erhält eine Vergütung, die sich am Gehalt von vergleichbaren Beschäftigten orientiert. Wegen eines Urteils des Bundesgerichtshofs von 2023 war es zu rechtlichen Unsicherheiten gekommen, was die Höhe der Vergütungen angeht. Wir haben die Regeln für die Festlegung von Betriebsratsvergütungen nun präzisiert, um für mehr Rechtssicherheit für Arbeitgeber:innen und Betriebsrät:innen zu sorgen. Werden die Grundsätze der Vergütung etwa transparent in einer Betriebsvereinbarung festgehalten, gilt künftig eine sogenannte Richtigkeitsgewähr, welche das Risiko der Strafbarkeit nahezu ausschließt. So gewährleisten wir, dass Betriebsratsarbeit hierzulande rechtssicher und uneingeschränkt ausgeübt werden kann.

Bezahlbares Wohnen stärken

Mit der Wohngemeinnützigkeit sorgen wir neben dem sozialen Wohnungsbau für mehr bezahlbaren Wohnraum in unserem Land. Soziale Unternehmen, Vereine und Stiftungen können künftig vergünstigten Wohnraum bereitstellen und dabei von den umfassenden Steuererleichterungen der Gemeinnützigkeit profitieren. Voraussetzung ist: Die angebotene Miete muss unter der marktüblichen Miete liegen. Die Einkommensgrenzen sind so festgelegt, dass rund 60 Prozent der Haushalte in Deutschland von der neuen Wohngemeinnützigkeit profitieren können. Zudem setzen wir Anreize dafür, dass mehr Wohnungen gebaut werden. Jährlich können fünf Prozent der Investitionskosten abgeschrieben werden. Die Regelung gilt für alle Bauprojekte mit Baubeginn zwischen dem 1. Oktober 2023 und dem 30. September 2029.

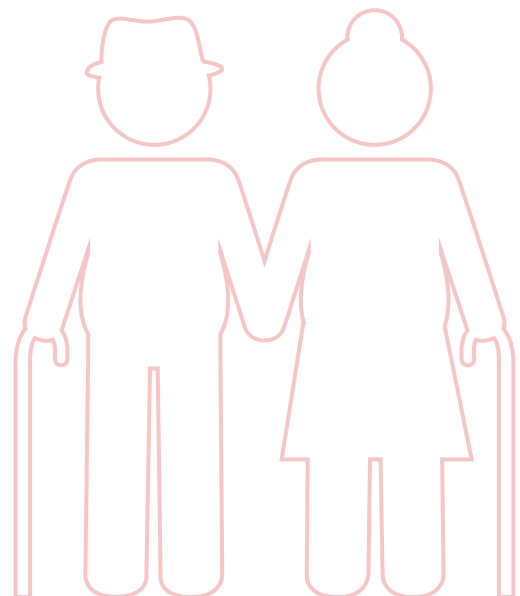


Stabiles Rentenniveau bis mindestens 2039

Wir sorgen für stabile Renten – jetzt und in Zukunft! Wir sichern das Rentenniveau langfristig bei mindestens 48 Prozent. Das macht für alle, die heute arbeiten, in der Zukunft einen echten Unterschied. Das Rentenniveau gibt an, wie sich die Renten im Verhältnis zu den Löhnen entwickeln. Nach geltendem Recht würde das Niveau schon bald unter 48 Prozent und längerfristig sogar unter 45 Prozent sinken. Mit dem Rentenpaket II verhindern wir genau das. Davon profitieren jetzige, aber auch zukünftige Generationen. Mit den neuen Regelungen fällt eine Rente von beispielsweise 1.500 Euro im Jahr 2040 um knapp 100 Euro höher aus.

Mehr Geld für Erwerbsminderungsrentner:innen

Wer wegen Krankheit oder Behinderung nicht mehr arbeiten kann, hat Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente. Wir sorgen dafür, dass erwerbsgeminderte Rentner:innen im Bestand – also Menschen, die zwischen 2001 und 2018 erstmals eine Erwerbsminderungsrente bezogen haben, bessergestellt werden. Abhängig vom Rentenbeginn erhalten sie seit Juli 2024 einen Zuschlag von bis zu 7,5 Prozent. Rund drei Millionen Renten steigen dadurch. Zudem steigen die Renten für alle ab Juli um 4,57 Prozent – in Ost und West gleichermaßen, da der Rentenwert bundesweit nun gleich ist. Eine Rente von 1000 Euro steigt damit um 45,70 Euro.

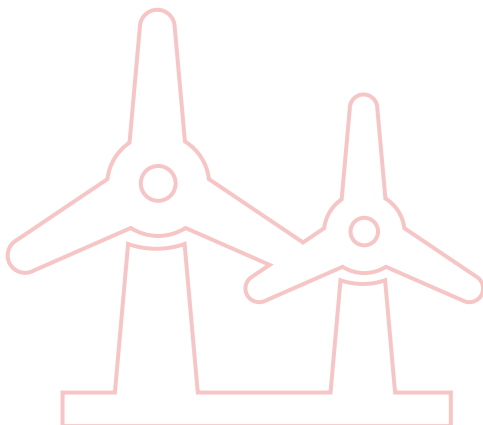


Energiewende vorangebracht

2023 konnte Deutschland seinen Bruttostromverbrauch erstmals mehr als zur Hälfte mit erneuerbaren Energien decken. Daran wollen wir anknüpfen und fördern deshalb Photovoltaik (PV) auf Dächern, an Gebäuden sowie auf Freiflächen. Dazu erleichtern wir die Nutzung von PV für Privatpersonen und Gewerbe, indem zahlreiche Hürden für die Genehmigung und die Installation von Dach- und Balkon-Solaranlagen wegfallen. Wir fördern aber auch Windkraft, indem wir viele Gebiete zu Beschleunigungsgebieten für erneuerbare Energien erklären und so einen noch schnelleren Ausbau ermöglichen. Wir setzen außerdem auf Wasserstoff als klimaneutralen Energieträger der Zukunft. Bis 2032 wird ein rund 10.000 Kilometer langes Wasserstoff-Kernnetz aufgebaut, das deutschlandweit wesentliche Wasserstoff-Standorte erschließen soll – etwa große Industriezentren, Speicher, Kraftwerke und Importkorridore.

Kommunen fit machen für die Wärmewende

Bis 2045 soll Deutschland klimaneutral heizen. Damit Hauseigentümer:innen, Unternehmen und Energieversorger wissen, welche Möglichkeiten für erneuerbares Heizen bestehen, werden alle Städte und Gemeinden in Deutschland in den kommenden Jahren konkrete Wärmepläne entwickeln. Diese zeigen, welche klimafreundlichen Heizungslösungen vor Ort möglich sind. Die möglichen Technologien reichen von Fernwärme bis hin zur dezentralen Wärmeversorgung, etwa durch Wärmepumpen. Damit Länder und Kommunen die mit der Erstellung der kommunalen Wärmeplanung verbundenen Kosten stemmen können, nehmen wir viel Geld in die Hand: zwischen 2024 bis 2028 jährlich rund 100 Millionen Euro.



Mehr Tempo bei Planung, Genehmigung und Bau

Wir investieren massiv in unser Schienennetz und stärken die Schiene als klimafreundlichen Verkehrsträger. Künftig können Maßnahmen schneller, optimiert und gebündelt umgesetzt werden. So kann das Bahnnetz zügig generalsaniert und modernisiert werden. Mit dem neuen Konzept der Korridorsanierung werden Bau- und Sperrzeiten verkürzt und die Grundlage für weniger Störanfälligkeit, mehr Verlässlichkeit und mehr Kapazität im Netz geschaffen. Kurzum: Die Züge fahren danach pünktlicher und zuverlässiger!

Auch Autobahnbrücken können schneller erneuert, beschlossene Neubauprojekte sowie zentrale Straßenbauprojekte zügiger umgesetzt und genehmigt werden. Und wir beschleunigen Genehmigungsverfahren von Windkraftanlagen, von Anlagen zur Herstellung von grünem Wasserstoff sowie für den Umbau unserer Industrie, ohne Umweltstandards abzusenken. Verfahrensschritte – wie bspw. die Öffentlichkeitsbeteiligung – werden digitalisiert, die Beteiligung von Behörden vereinfacht, Fristen verkürzt und die Verfahrensdauer verbindlich.

Für eine moderne Verwaltung

Eine moderne Verwaltung schafft Bürgernähe, Entlastung für Behörden und Unternehmen und ist zugleich ein Standortfaktor im internationalen Wettbewerb um Arbeitsplätze und Arbeitskräfte. Wir schaffen nun den Rechtsrahmen dafür, die Verfahren im Bund, in den Ländern und den Kommunen zu beschleunigen, unbürokratischer zu gestalten und zu digitalisieren. So ebnen wir den Weg zu nutzungsfreundlichen und digitalen Verwaltungsverfahren für alle. Eingeführt wird etwa ein zentrales digitales Bürgerkonto, über das die gesamte Kommunikation mit der Verwaltung sicher und digital erledigt werden kann – vom Antrag bis zum Bescheid.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, Bürokratie insbesondere durch digitale Verfahren und einheitliche Meldepflichten abzubauen und Prozesse von Grund auf neu zu denken und zu strukturieren. Dies ist eine Querschnitts- und Daueraufgabe.

Investitionen anreizen und Konzerne gerecht besteuern

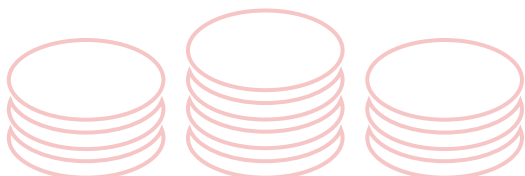
Sozialdemokratische Haushaltspolitik bedeutet für uns, innere, äußere und soziale Sicherheit zusammen zu denken und nicht gegeneinander auszuspielen. Das ist für den Haushalt 2024 gelungen, auch wenn die Voraussetzungen äußerst schwierig waren. Für uns ist auch klar: Wir brauchen mehr Investitionen – in Transformation, in die Infrastruktur und in die Sicherheit.

Wir stärken den Finanzstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb und setzen ökonomische Impulse. Für Start-ups und Wachstumsunternehmen wird es leichter, neues Kapital für Investitionen aufzunehmen, indem die Mindestmarktkapitalisierung für einen Börsengang gesenkt und so der Zugang zum Kapitalmarkt erleichtert wird.

Große global agierende Konzerne können Gewinne in Steueroasen verschieben und so Steuerzahlungen in Milliardenhöhe vermeiden. Um für mehr Steuerfairness zu sorgen, haben wir uns erfolgreich für eine internationale Mindeststeuer eingesetzt. Künftig werden sämtliche Gewinne, die ein Konzern weltweit erwirtschaftet, mit 15 Prozent besteuert – ganz egal, wo sie entstehen.

Wachstum, Investitionen und Innovation fördern

Um unsere Wirtschaft wettbewerbsfähiger und schneller klimaneutral zu machen, haben wir erhebliche steuerliche Verbesserungen für Betriebe und Unternehmen auf den Weg gebracht. Wir verbessern die Sonderabschreibung für kleine und mittlere Unternehmen, was ihrer Liquidität zugutekommt. Auch die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung wird verbessert. Neben Personalkosten können künftig auch Sachkosten berücksichtigt werden. Außerdem wird die maximale Bemessungsgrundlage verdreifacht, wodurch die Förderbeträge steigen.



Staatsangehörigkeitsrecht reformiert

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Was lange überfällig und längst gesellschaftliche Realität ist, haben wir nun umgesetzt und das Staatsangehörigkeitsrecht reformiert. Das ist ein klarer Paradigmenwechsel. Menschen, die schon lange hier leben, ihren Lebensmittelpunkt hier haben und die Werte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung teilen, senden wir ein klares Zeichen: Ihr gehört zu uns! Ihr seid Teil der Gesellschaft, Ihr könnt künftig mitentscheiden und mitbestimmen. Einbürgerungen sind künftig schneller und einfacher möglich, nach fünf statt acht Jahren. Auch Mehrstaatigkeit ist nun grundsätzlich möglich. Antisemitismus, Rassismus und andere Formen der Menschenverachtung schließen eine Einbürgerung aus.

Migration besser steuern

Wir sorgen für geregelte Migration und haben ein modernes Einwanderungsrecht geschaffen. Wir brauchen Zuwanderung, deshalb haben wir die Verfahren für Arbeits- und Fachkräfte vereinfacht und beschleunigt. Gleichzeitig haben wir schnelle und geordnete Verfahren für die Menschen geschaffen, die bei uns Schutz suchen. Wer Schutz braucht, soll ihn erhalten. Asylanträge müssen schneller bearbeitet werden, damit schnell Klarheit besteht, wer bleiben kann und wer nicht. Dazu trägt u. a. auch die Einstufung neuer sicherer Herkunftsstaaten bei. Menschen aus Staaten mit einer geringen Anerkennungsquote durchlaufen ein beschleunigtes Asylverfahren. Wer kein Anrecht auf Asyl hat, muss konsequent zurückgeführt werden. Dies betrifft insbesondere die Rückführung von Straftätern und Gefährdern. Klar ist aber auch, dass es eine gesamteuropäische Antwort braucht, um irreguläre Migration zu verhindern. Deshalb muss die bereits beschlossene Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems EU-weit schnell umgesetzt werden.

Wir geben den Ländern und Ausländerbehörden neue Instrumente an die Hand, um Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen, sodass die Ausreisepflicht konsequenter durchgesetzt werden kann. Wer eine terroristische Straftat billigt, soll künftig leichter ausgewiesen werden. Finanziell unterstützen wir die Länder und Kommunen weiter bei der Versorgung und Unterbringung von Asylsuchenden. Dazu haben wir die bestehende feste Flüchtlingspauschale zu einem „atmenden System“ weiterentwickelt, mit einer jährlichen Pauschale von 7.500 Euro pro Asylbeantragsteller:in. Zudem haben wir für die Einführung der Bezahlkarte durch die Länder Rechtsicherheit geschaffen.

Sicher im Netz unterwegs

Nutzer:innen von Online-Plattformen und Suchmaschinen sollen den Inhalten im Internet vertrauen können. Wir haben dafür gesorgt, dass es EU-weite Regelungen gibt, die die Entfernung illegaler Inhalte erleichtert und so die Grundrechte der Nutzer:innen schützt. Europäisches Recht kann jetzt auch gegenüber den großen Plattformen durchgesetzt werden. Anbieter von digitalen Diensten, wie beispielsweise die von Online-Kaufhäusern, Suchmaschinen oder Social Media-Plattformen, müssen nun wirksam Hinweisen über illegale Inhalte und Produkte nachgehen. Bei Verstößen können erhebliche Bußgelder verhängt werden. Wir haben die Grundlage geschaffen, besser gegen Hasskriminalität, Desinformation oder unsichere Produkte und Markenpiraterie vorzugehen.

Der KulturPass geht in die zweite Runde

Wer 2006 geboren ist, kann ab dem 18. Geburtstag den KulturPass nutzen. Es gibt ein Budget von 100 Euro, das in Buchhandlungen, Kinos, auf Konzerten und Festivals oder in Theatern und Opernhäusern eingelöst werden kann. Auch Museen, Plattenläden und Musikgeschäfte sind Teil des Angebots. Den KulturPass gab es 2023 zum ersten Mal. Wir haben damit ein innovatives digitales Instrument geschaffen, das Kulturanbietende und junges Publikum bundesweit direkt miteinander verbindet. Kultureinrichtungen erhalten so Geld und junge Menschen einen vielleicht ersten Zugang zu vielen kulturellen Angeboten. Der KulturPass stärkt nicht nur unsere Kultur, sondern auch unsere Gesellschaft.

EU-weit einheitliches Ladekabel kommt

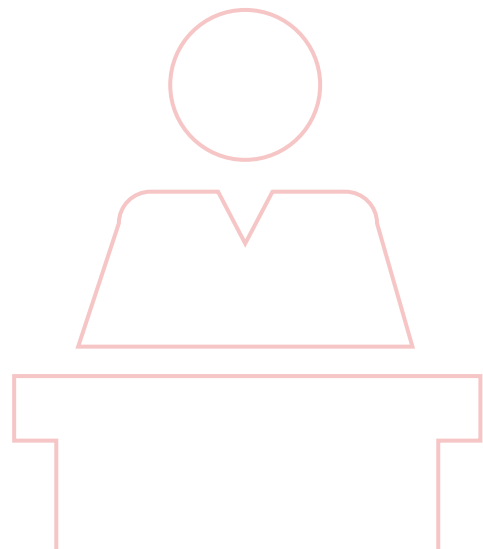
„Hast Du mal ein Ladekabel für mein Handy, Modell XYZ?“ Diese Frage gehört bald der Vergangenheit an, denn wir machen Schluss mit dem Kabelchaos: Zum Ende des Jahres wird USB-C das Standard-Ladekabel. Das gilt für alle Handys, Tablets und ähnliche Geräte – und ab 2026 auch für Laptops. Ein Ladegerät, das auf mehrere Geräte passt, spart nicht nur Geld und Zeit, sondern hilft auch, Elektronikschrott zu reduzieren.

Demokratie schützen

Demokratie muss geschützt werden. Vor ihren Feind:innen von außen, aber auch von innen. Feind:innen der Verfassung haben weder im Öffentlichen Dienst noch in der Bundeswehr etwas zu suchen. Neue Regeln beschleunigen und vereinfachen deren Entlassung. Wer unsere Verfassung nicht schützt, sondern gegen sie wirkt, darf nicht staatlich alimentiert werden. Das betrifft nur wenige, aber diese Einzelfälle können das Vertrauen nachhaltig schädigen. Beamt:innen können nun schneller aus dem Dienst entfernt werden, indem Disziplinarmaßnahmen ausgesprochen werden können und keine langwierigen Disziplinarklagen. Das gilt analog auch für Richter:innen und Bundespolizist:innen sowie für die Bundeswehr. Um verfassungsfeindliche Soldat:innen umgehend aus dem Dienstverhältnis entlassen zu können, haben wir einen Entlassungstatbestand geschaffen. Ebenso wollen wir Schöff:innen, die nicht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen, schneller aus dem Dienst entfernen.

Regeln gegen Abgeordnetenbestechlichkeit verschärft

Wir als Abgeordnete haben als die direkt gewählten Volksvertreter:innen eine besondere Vorbildfunktion, deshalb müssen wir strenge Maßstäbe an uns selber setzen. Deshalb haben wir die Regeln gegen Abgeordnetenbestechlichkeit und -bestechung verschärft. Schwarze Schafe mit Maskendeals oder ähnlichem dürfen nicht nachhaltig das Vertrauen in unsere parlamentarische Demokratie und die Volksvertreter:innen schwächen.



Selbstbestimmungsrecht von Frauen stärken

Jede Frau hat ein Recht auf Selbstbestimmung. Dazu gehört auch ein ungestörter Zugang zu Beratungsstellen und ärztliche Praxen für Schwangere. Allerdings werden schwangere Frauen in Not- oder Konfliktlagen auf ihrem Weg dorthin immer wieder von Abtreibungsgegner:innen belästigt und unter Druck gesetzt. Solchen frauenfeindlichen Gehsteigbelästigungen schieben wir jetzt einen Riegel vor. Künftig werden sie als Ordnungswidrigkeit mit einem Bußgeld von bis zu 5.000 Euro sanktioniert. Damit stärken wir die Selbstbestimmung von Frauen.

Wir haben uns zudem in einem Positionspapier für eine Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und eine bessere medizinische Versorgung ausgesprochen. Wir wollen den Paragraphen 218 im Strafgesetzbuch in der jetzigen Form streichen und klare Voraussetzungen für eine selbstbestimmte Entscheidung der Frauen jenseits des Strafrechts regeln.

Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung

Wir schaffen staatliche Diskriminierung ab. Wir haben dafür gesorgt, dass trans- und intergeschlechtliche sowie nichtbinäre Menschen ihren Geschlechtseintrag und ihre Vornamen im Personenstandsregister durch eine einfache Erklärung beim Standesamt ändern können. Sie müssen keine Gerichtsverfahren mehr durchlaufen, auch Sachverständigengutachten sind nicht mehr notwendig. Nötig ist nur, sich drei Monate vorher beim Standesamt anzumelden. Nach der Änderung gilt eine Sperrfrist von einem Jahr, in der der Eintrag nicht erneut geändert werden kann. Regelungen zu geschlechtsangleichenden Maßnahmen sind nicht Gegenstand des Gesetzes.

Petitionsrecht modernisiert

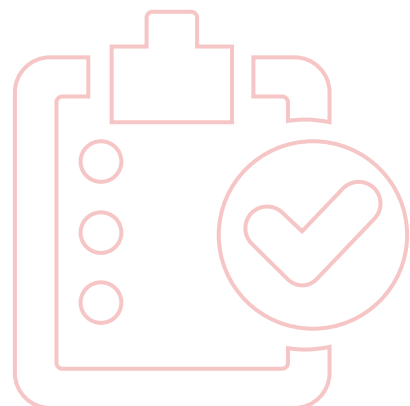
Mit Petitionen kann man direktdemokratisch mitgestalten. Das Petitionsrecht ist ein unveräußerliches Grundrecht. Durch die Novelle des Petitionsrechts haben wir die Möglichkeit für Bürger:innen vergrößert, sich direkt einzubringen. Wir haben das Petitionsrecht einfacher, digitaler, moderner gemacht. Petitionen werden schneller bearbeitet. Wir haben die Voraussetzungen für öffentliche Beratungen von Petitionen gesenkt. Denn Demokratie ist keine Einbahnstraße und die Meinungen, Sorgen und Wünsche der Bürger:innen zählen nicht nur am Wahltag.

Mehr Fairness im Straßenverkehr

Bund, Länder und Kommunen haben künftig im Straßenverkehrsrecht neue Möglichkeiten, um den Klima- und Umweltschutz und den Schutz der Gesundheit der Bürger:innen zu verbessern und damit die Interessen aller Verkehrsteilnehmenden – unabhängig von der Art der Fortbewegung – besser zu wahren. Außerdem können Verkehrsfragen bei der städtebaulichen Entwicklung besser berücksichtigt werden. Kommunen können künftig zum Beispiel leichter Tempo-30-Abschnitte und Busspuren ausweisen, um Verkehr umweltfreundlicher zu gestalten. Länder und Kommunen können so schneller und flexibler auf die besonderen Anforderungen vor Ort reagieren.

Für einen kontrollierten Umgang mit Cannabis

Wir haben den Konsum von Cannabis durch Erwachsene entkriminalisiert, weil die bisherige Verbotspolitik klar gescheitert ist. Deshalb ermöglichen wir den Eigenanbau für Erwachsene von bis zu drei weiblichen Pflanzen. Seit dem 1. Juli 2024 sind zudem gemeinnützige Anbauvereine erlaubt. Für Kinder und Jugendliche gilt weiterhin ein Besitz-, Anbau- und Erwerbsverbot. Cannabis darf nicht in Anwesenheit von Minderjährigen oder in Sichtweite von Schulen, Kitas, Spiel- und Sportplätzen konsumiert werden. Wer Cannabis an Kinder und Jugendliche verkauft oder weitergibt, muss mit hohen Strafen rechnen. Mit einer Informationskampagne sollen junge Erwachsene über die Risiken des Cannabiskonsums aufgeklärt werden. Unter Beteiligung des Bundeskriminalamtes wird die Teillegalisierung von Cannabis von Beginn an streng evaluiert.



Nitratbelastung durch die Landwirtschaft reduzieren

Nitrat ist ein wichtiges Düngemittel in der Landwirtschaft. Einige Regionen in Deutschland kämpfen seit langem mit hohen Nitratbelastungen im Grundwasser. Seit 2012 hat die EU-Kommission die Bundesregierung immer wieder aufgefordert, die nationalen Düngeregeln vollständig EU-konform umzusetzen. Wir haben deshalb das Düngerecht angepasst, um Strafzahlungen an die EU abzuwenden, den Landwirt:innen Planungssicherheit zu geben und Ressourcen zu schützen. Künftig wird bundesweit überprüft, ob die Nitratwerte tatsächlich sinken. Parallel stellen wir mit der Nährstoffbilanzverordnung einen nachhaltigen und ressourcenschonenden Umgang mit Nährstoffen in Betrieben sicher. Sinken die Nitratwerte im Grundwasser und weisen Betriebe eine stickstoffeffiziente Nährstoffbilanz vor, können Landwirt:innen in mit Stickstoff belasteten Gebieten von Auflagen befreit werden.

Landwirtschaft unterstützen

Wir wollen eine moderne, umweltfreundliche, nachhaltige und rentable Landwirtschaft gewährleisten und nehmen die Sorgen und Anliegen der Landwirtschaft sehr ernst. Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU entlohnen wir die Betriebe stärker für ihre Klima- und Umweltleistungen, anstatt sie pauschal für ihre Flächengröße zu subventionieren. Überdies schützen wir die Landwirtschaft vor unfairem Verhalten durch den Lebensmittelhandel. Dazu haben wir unlautere Handelspraktiken verboten wie etwa unfaire Preise für Agrarprodukte – dies gilt für Milch, Obst und Gemüse nun unbefristet. Um Verstöße besser überprüfen und ahnden zu können, ergänzen wir die Liste unlauterer Handelspraktiken um ein Umgehungsverbot. Verstöße durch Behörden können künftig zügiger sanktioniert werden. Wir bauen in der Landwirtschaft zudem in einem erheblichen Umfang Bürokratie ab und haben Landwirt:innen durch eine Gewinnglättung steuerlich besser gestellt.

Wir stehen weiter fest an der Seite der Ukraine

Noch immer führt Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Deutschland steht fest an der Seite der Ukraine und unterstützt das Land dabei, seine Unabhängigkeit und Souveränität zu verteidigen. Wir haben militärische Unterstützung in Höhe von rund 28 Milliarden Euro an die Ukraine geleistet oder zugesagt und sind weltweit zweitgrößter Unterstützer. Wir stimmen uns eng mit unseren Partnern ab und tun alles dafür, dass der Krieg nicht weiter eskaliert. Unsere Hilfe besteht aber nicht nur aus Waffenlieferungen, sondern wir unterstützen die Ukraine auch diplomatisch, humanitär und finanziell. So haben wir gemeinsam mit der Ukraine in Berlin eine große internationale Wiederaufbaukonferenz ausgerichtet. Parallel versucht die Bundesregierung seit Kriegsbeginn, insbesondere die Länder des Globalen Südens in die Friedensbemühungen eng einzubinden.

Abhängigkeiten gegenüber China abbauen

Damit Deutschland gegenüber China seine Werte und Interessen besser verwirklichen kann, hat die Bundesregierung erstmals eine China-Strategie beschlossen. Die Strategie soll aufzeigen, wie Deutschland mit China zusammenarbeiten kann, ohne dabei Werte, Souveränität, Wohlstand und Sicherheit zu gefährden. China wird als Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale zugleich betrachtet. Wir streben im Rahmen der wirtschaftlichen Beziehungen ein „De-Risking“ an und lehnen ein „De-Coupling“ von der chinesischen Wirtschaft ab. Unternehmen sollen die Kosten von Klumpenrisiken stärker berücksichtigen. Des Weiteren werden Investitionsgarantien künftig bei drei Milliarden Euro pro Unternehmen gedeckelt, Exporte im Bereich der Dual-Use-Güter stärker kontrolliert und Direktinvestitionen chinesischer Unternehmen in Deutschland vermehrt überprüft.

Veteranentag für Soldat:innen

Wir wollen den Dienst der Soldat:innen mehr würdigen. Uns geht es darum, das Verständnis und das Bewusstsein in der Gesellschaft für die Leistungen, Entbehrungen und Opfer zu stärken, die mit dem Militärdienst verbunden sind. Wir haben deshalb einen nationalen Veteranentag am 15. Juni eingeführt. Damit sorgen wir für mehr Respekt für unsere Soldat:innen.